

Betrachtungen zur Rolle des deutsch-französischen Paares innerhalb einer europäischen Föderation

Prof. Dusan Sidjanski

Die aktuelle Krise hat die Schlüsselrolle des deutsch-französischen Paares bestätigt und zugleich das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Frankreich und Deutschland hervorgehoben. Letzteres gilt ebenso für die wachsenden Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedern der Eurozone. Das wirtschaftliche Gewicht Deutschlands hat direkte Auswirkungen auf seinen allgemeinen Einfluss in der EU und seine Tendenz, die eigenen Interessen und Ansichten durchzusetzen. Wird Deutschland weniger europäisch und dafür mehr deutsch? Es stellt sich die Frage, wie das Gleichgewicht in der deutsch-französischen Partnerschaft wieder hergestellt werden kann. Dies umso mehr, als in der heutigen EU die wirtschaftliche Integration die zentrale Achse bleibt.

Der Sockel von Werten und Grundsätzen ist zwar gegenwärtig und wurde sogar von einem Vertrag zum anderen ausgebaut. Doch ist die Kontrolle der Einhaltung dieser Prinzipien bisweilen unzureichend, wie es der Fall Ungarns zeigt. Offensichtlich besteht weiterhin eine Kluft zwischen den Zuständigkeiten der Wirtschaftsgemeinschaft auf der einen Seite und der Zusammenarbeit im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der anderen Seite. Die zentrale Achse bleibt die wirtschaftliche Integration, um welche sich Netze angrenzender Bereiche spinnen.

In diesem Zusammenhang zeigt Deutschland, zusammen mit Frankreich, seine Führungsrolle in der Europäischen Union. Die Waage der wirtschaftlichen Macht neigt sich freilich deutlich in Richtung der deutschen Seite. Sie wirkt sich auch auf das allgemeine Gleichgewicht aus, indem sie die das politische Gewicht des wirtschaftlich Führenden anwachsen lässt. Diese Zustandsanalyse führt zu einer ersten Schlussfolgerung: Frankreich nutzt seine *politischen Trümpfe* nicht vollumfänglich. Es ist vor allen Dingen ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat und verfügt damit über einen politischen Einfluss, der den Deutschlands klar überschreitet. Zweitens verfügt es mit dem Vereinigten Königreich als einzige europäische Macht über Nuklearwaffen und deren Abschreckungskraft. Drittens verfügt Frankreich über ein großes militärisches Potential und insbesondere den Willen, dieses in den Außenbeziehungen einzusetzen, wie seine jüngste Intervention in Mali wieder gezeigt hat.

Deutschland hingegen bleibt Gefangener der schweren Last des Zweiten Weltkriegs, die es zu äußerster Zurückhaltung bei diesen hoheitlichen Aufgaben verpflichtet. Zugleich verhilft ihm seine wirtschaftliche Macht zu einem Vorteil, insbesondere in den Beziehungen zu aufstrebenden Mächten. Auch muss man feststellen, dass das Außenbild und die nicht genügend kohärente Vertretung der Europäischen Union die russischen und chinesischen Regierungen dazu bringt, ihren deutschen Partner vorzuziehen. So etwa in den Beziehungen zu Russland im Energiebereich. Eine föderale Union würde eine größere Einheit und Kohärenz gewährleisten und so Deutschland die vollständige Ausübung seiner „Souveränität“, geteilt mit den anderen europäischen Mitgliedsstaaten und zuvorderst Frankreich, ermöglichen. So wäre es - vermittelt durch ein ständiges Mitglied - an den Entscheidungen des Weltsicherheitsrats beteiligt. Im Übrigen würde eine politische Union den Weg aus Krise und Rezession beschleunigen durch eine Stärkung der schwankenden Solidarität innerhalb der Eurozone und eine Redynamisierung des Hauptabsatzmarktes deutscher Exporte. Dank der wirtschaftlichen Wiederbelebung und des Fortschritts der politischen Union würden alle 28 Mitgliedsstaaten einen neuen Aufschwung erleben.

Wie kann Frankreich seine Pfunden auf der europäischen Ebene wuchern? Ich meine, dass allein eine gemeinsame Außenpolitik, sowie eine gemeinsame Strategie im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Frankreich weiterbringen kann. Die Kommission hat vor Kurzem mit der Vorlage neuer Vorschläge im Verteidigungsbereich zur Koordinierung der Rüstungsindustrie ein Vorhaben eingebracht, das in die richtige Richtung geht. Nichtsdestoweniger muss sich jeder Fortschritt zur Einrichtung einer europäischen Verteidigung in eine globale Strategie, insbesondere einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik im Lichte des Grundprinzips unserer Demokratien, einpassen: Es ist die *politische Macht*, welche die Strategie festlegt und über jegliche Maßnahmen und Interventionen entscheidet. Daraus folgt die Notwendigkeit, eine wahrhafte europäische Außenpolitik parallel zur europäischen Verteidigung umzusetzen. Ohne politische Union keine europäische Verteidigung. Dies ist Lehre aus der EVG¹.

Für das Fort- und Überleben des Euros muss die Eurozone mit einer föderalen politischen Struktur ausgestattet werden. Die Strategie Jean Monnets der sukzessiven sektoriellen

¹ Damals war das Projekt einer Europäischen Politischen Gemeinschaft von der Unterzeichnung des EVG-Vertrags durch die sechs Mitgliedsstaaten abhängig. Das Scheitern der EVG im Jahr 1954 hat auch das Projekt der Politischen Gemeinschaft zum Scheitern gebracht. Daher muss heute zunächst eine europäische politische Union eingerichtet werden.

Integration durch eine Art Verzahnung ist an ihre Grenzen gestoßen. Der Fortbestand des Euros kann ohne die Schaffung einer europäischen politischen Union nicht gewährleistet werden. Diese Lehre der Geschichte wird durch die Auswirkungen der aktuellen Krise bestätigt². Im Übrigen würde die Einrichtung einer politischen Macht einen schnelleren Weg aus der Krise durch Beschleunigung der Bankenunion, des Fiskal- und Haushaltsföderalismus etc. ermöglichen. Dieser politische Schwung würde zudem die Rückkehr zur europäischen Solidarität und damit die Öffnung des Wegs für *Eurobonds* bedeuten. Deren Einführung auf dem europäischen und internationalen Markt würde eine Reihe von Maßnahmen für Arbeit, Bildung und berufliche Ausbildung, Forschung, Innovationen sowie große Infrastruktur- und Kommunikationsprojekte ermöglichen. Kurz gesagt, würde daraus eine Zunahme der Leistungsfähigkeit der Union folgen.

Aus diesen verschiedenen Gründen sollte Frankreich ein großes Interesse an der schnellstmöglichen Förderung eines *politischen Projekts* haben, das die Vergemeinschaftung von Elementen unterschiedlicher hoheitlicher Aufgaben umfasst, darunter die Wirtschaftspolitik, die auswärtigen Angelegenheiten sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dieses Vorhaben könnte sich am Modell der gemeinsamen Außenhandelspolitik orientieren.

Diese Initiativen hätten den Vorteil einer Verkehrung der Perspektiven. Sie würden durch die Schaffung einer politischen Union föderalen Typus (Verteilung der Kompetenzen zwischen der EU, den Mitgliedsstaaten, den Regionen und Metropolen) ein besseres Gleichgewicht in der deutsch-französischen Partnerschaft in allen Bereichen, in denen getrennte Maßnahmen weniger effizient sind als gemeinsame Politiken, wiederherstellen. Die Verkehrung der Perspektiven hätte zudem den großen Vorteil, eine wahrhafte europäische Solidarität wiederzubeleben, die direkte Auswirkungen auf die Anti-Krisenmaßnahmen und die Maßnahmen für wirtschaftlichen Aufschwung und Entwicklung hätte. Auf dieser Basis wäre es auch laut Kanzlerin Merkel möglich, auf Eurobonds für Maßnahmen und Politiken im Bereich Forschung, Innovation oder Verkehrs- sowie Kommunikationsinfrastruktur zurückzugreifen. Außerdem würde die europäische politische Union einen globalen Ansatz anstatt der derzeitigen fragmentierten Ansätze ermöglichen. Frankreich und Deutschland an seiner Seite würden gemeinsam von ihren sich ergänzenden Vorteilen profitieren, so zu einem

² Siehe die Auflösung der Lateinischen Münzunion (1865-1927), die von Belgien, Frankreich, Italien, der Schweiz und Griechenland gebildet wurde.

besseren Gleichgewicht finden und ihre politische Führungsrolle innerhalb der EU vollumfänglich wahrnehmen.

Sollten diese Vorhaben nicht so schnell als möglich angegangen werden, um den Völkern und Bürgern Europas zu zeigen, dass was einst die Bedrohung durch die Sowjetunion war, heute durch die neuen Herausforderungen, durch das Aufstreben großer Mächte und eine neue Verteilung der politischen und ökonomischen Macht in der Welt, ersetzt wurde? Hinzu kommen die Energie- und Umweltfragen, kulturelle Konfrontationen und politischer Wettbewerb sowie die Bedrohungen durch terroristische Organisationen und das organisierte Verbrechen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen ist die EU dazu aufgerufen, eine politische föderale Union zu werden, wenn sie sich auf der internationalen Bühne nicht mit einer Statistenrolle begnügen möchte.